

# Stuttgarter Schulen in freier Trägerschaft

## Positionen zur Kürzungsabsicht des städtischen Zuschusses für Sachkosten

Die Stadt beabsichtigt im Rahmen des Haushalts 2010, die Sachkostenzuschüsse an die freien Schulen von 60 auf 45 Prozent der Sachkostenbeiträge des Landes des Jahres 2002 zu kürzen. Für 2011 ist eine weitere Kürzung auf 40 Prozent angedacht. Die laufenden Zuschüsse der Stadt sollen also um ein Drittel gekappt werden.

Die **Argumente** der freien Schulen in Stuttgart:

- A. In Stuttgart besuchten im Schuljahr 2007/08 16,0 Prozent der Schüler an allgemeinbildenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft. Der Anteil der Schüler, welche freie Schulen besuchen, liegt in Stuttgart daher mehr als doppelt so hoch wie im Landesschnitt (7,3 Prozent). Dies stellt eine gewaltige finanzielle Entlastung für den städtischen Haushalt dar, da für diese Schulen die Stadt nicht in der Schulträgerverantwortung steht. Diese finanzielle Entlastung ist wesentlich größer als die laufenden Zahlungen.
- B. Mit ihrem reichhaltigen Angebot an Schulen in freier Trägerschaft ist die Landeshauptstadt ein attraktiver Bildungsstandort. Die hohe Einpendlerquote gerade zu freien Schulen in Stuttgart aus den Nachbarkreisen (32 Prozent der freien Schüler in Stuttgart) belegt die Attraktivität unserer Schul- und Bildungsstadt, die gefördert und nicht gefährdet werden sollte.
- C. Die gemeinnützigen freien Schulen können solche Zuschussskürzungen, die sich bei den meisten freien Schulen im hohen fünfstelligen Bereich im Haushalt niederschlagen, nicht auffangen. Personaleinsparungen, Reduzierung des Angebots für die Schülerinnen und Schüler, Schulgelderhöhungen oder andere drastische Einschnitte sind zwangsläufig die Folge. Dies kann nicht im Interesse der Stadt Stuttgart sein.
- D. Die Zuschüsse der Stadt an die freien Schulen wurden bereits im Zeitraum 2002-2009 real gekürzt, denn sie sind auf Basis der in der Schullastenverordnung des Jahres 2002 genannten Kopfbeiträge eingefroren. Die Schullastenverordnung wurde aber in diesem Zeitraum zweimal geändert, d.h. die Zuschüsse für Schüler an kommunalen Schulen wurden erhöht.
- E. Die Stadt argumentiert, dass parallel die Zuschüsse des Landes 2010 erhöht würden. Daher sei die städtische Kürzung vertretbar. Dies ist nicht der Fall. Das Land beabsichtigt keine Erhöhungen vorzunehmen, da auf Landesebene im Rahmen der Beratungen zum dortigen Doppelhaushalt ebenfalls ein Haushaltskonsolidierungskonzept läuft.
- F. Die Stadt verweist darauf, dass es sich bei den laufenden Zuschüssen um reine Freiwilligkeitsleistungen handelt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass die Vollzugsvorschrift zum Privatschulgesetz, Ziffer 21, von einem „angemessenen laufenden Zuschuss“ spricht, den eine Kommune bei hohem Anteil von Schülern in freier Trägerschaft an der Gesamtschülerzahl an die freien Schulen zu leisten habe. Davon macht das Land in dieser Ziffer seine Zahlungen abhängig.
- G. In der Gemeinderatsdrucksache 746/2009 verknüpft die Stadt die gestiegenen Reinigungskosten an öffentlichen Schulen mit den Zuschüssen an freie Schulen: Durch die Rückführung der Zuschüsse sollen die erhöhten Reinigungskosten gedeckt werden. Dies halten wir für eine völlig sachfremde Verknüpfung.

**Die freien Schulen in Stuttgart fordern daher eine Beibehaltung der bisherigen Zuschusshöhe, um auch weiterhin in Stuttgart ein attraktives Bildungsangebot machen zu können.**

Stuttgart, September 2009

Für die Schulen in freier Trägerschaft:

Elisabeth Beck-Seith (Waldorfschule Uhlandhöhe), OStD Kai Buschmann (Waldschule Degerloch), Frank Dvorschak (Michael-Bauer-Schule), Julius Göring (Waldorfschule Silberwald), Martin Hamler (Freie Waldorfschule am Kräherwald), OStD i.K. Harald Häupler (Albertus-Magnus-Gymnasium), OStD i.K. Dr. Berthold Lannert (Evang. Heidehof-Gymnasium), Schwester Iris Rederer (Mädchengymnasium St. Agnes), Ulrich Schollmeier (Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.), OStD'in Sonja Spohn (Evang. Mörike-Gymnasium).